

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 32 (1953)
Heft: 4-5

Artikel: Wirtschaftliche und soziale Sicherheit
Autor: Nägeli, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336721>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehr als je ist die Arbeiterbewegung unseres Landes auch zu einem *Kulturfaktor*, zu einer geistigen Macht geworden. Die Gleichberechtigung der wirtschaftlichen und der moralischen Kräfte eines Volkes und insbesondere der Arbeiterbewegung ist unbestritten. Gesunde wirtschaftliche Existenzbedingungen sichern eine gesunde moralische und geistige Entwicklung. Die gesunde geistige und moralische Haltung der Arbeiterbewegung bildet immer wieder eine Quelle, aus der die Kräfte für die Gestaltung einer besseren Zukunft gewonnen werden können. Im Zusammenwirken dieser Kräfte und in ihrer wechselseitigen und doch innig verbundenen Entfaltung liegt unsere große Aufgabe, und von ihr hängt die Erfüllung dieser großen Aufgabe ab.

HANS NÄGELI

Wirtschaftliche und soziale Sicherheit

Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm enthält den Grundsatz, die Wirtschaft des Landes müsse Sache des ganzen Volkes sein, sie dürfe nicht privatem Bereicherungs- und Machtstreben dienen. Ein erster Versuch zur Verankerung dieser Wirtschaftsauffassung in der Bundesverfassung wurde mit der Volksinitiative «*Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit*» unternommen. Eine Viertelmillion Schweizer Bürger bekannte sich im Mai 1947 zu diesem Vorschlag, doppelt so viele lehnten ihn ab.

Die Periode konjunktureller Hochblüte, wie sie seit Kriegsende zu verzeichnen ist, dürfte im zyklischen Ablauf von Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft eine Ausnahmestellung einnehmen. Ihr Ausmaß ist aber weitgehend durch die Rüstungsanstrengungen bestimmt. Um den Jahresbeginn 1950 zeichnete sich bereits ein spürbarer Rückgang ab, der bei Ausbruch des Koreakrieges infolge Verschärfung der Spannungen in der Weltsituation wieder einer ausgesprochenen Spitzenkonjunktur wich.

Kapitalistisches Wirtschaftsdenken orientiert sich von Natur aus nach den Gewinnmöglichkeiten. Geht dieser Anreiz verloren, so fehlt der kapitalistischen Wirtschaft das eigentliche, treibende Motiv. Im Gegensatz dazu war und bleibt dauernde *Vollbeschäftigung* bei gerechten Arbeitsbedingungen stets eines der sozialistischen Hauptziele, zu dessen Verwirklichung ordnendes und lenkendes Eingreifen des Staates sich als notwendig erweist.

Die Wirtschaft unseres Landes ist bedeutend krisenempfindlicher geworden. Hinzu kommen neue Erscheinungen, wie die Montanunion und andere Bestrebungen zur europäischen Integration, die unser Land mehr und mehr vor schwere Probleme stellen. Sicher verfügt unsere Wirtschaft, nachdem unser Land vom Krieg verschont blieb und in der Hochkonjunktur seinen nationalen

Reichtum mehrten konnte, heute über bedeutende Reserven, die einen Konjunktumschlag zu mildern oder zu verzögern vermöchten. Es wäre heute Aufgabe des Staates, die horrenden Konjunkturgewinne steuerlich schärfer zu erfassen, um im Falle einer Konjunkturabschwächung sinnvoll eingreifen und dafür sorgen zu können, daß die Vollbeschäftigung erhalten bleibt oder mindestens eine nennenswerte Arbeitslosigkeit vermieden wird. Arbeitslosigkeit in größerem Umfange würde gerade jener totalitären Bewegung willkommenen Nährboden verschaffen, vor der das Schweizervolk als Ganzes seine traditionellen Freiheiten bewahren will.

Die Nachkriegsperiode der Vollbeschäftigung mehrte den nationalen Wohlstand unseres Landes, aber seine Verteilung blieb ungerecht wie zuvor. Gewiß erzielten auch die Arbeitnehmer durch den tatkräftigen Einsatz ihrer gewerkschaftlichen Organisationen eine leichte Verbesserung ihrer Existenzverhältnisse. Eine reale Einkommenserhöhung war jedoch weitgehend schon durch erhöhte Arbeitsleistung und durch die Kompensation der in den Kriegsjahren erlittenen Reallohnverluste begründet. Gemessen an den Konjunkturgewinnen der kapitalistischen Oberschicht des Unternehmertums und der Aktionäre erscheint die reale Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer überaus bescheiden.

Heute begegnen berechnete Begehren auf höhere Löhne und Sozialleistungen bereits versteiftem Widerstand. Unverkennbar verstärkt sich die Tendenz, die Unkosten eines kommenden verschärften Konkurrenzkampfes den Arbeitnehmern zu belasten. Heute schon wird sichtbar, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sich wieder verschärfen. Auch in Anerkennung der Tatsache, daß da und dort in bürgerlichen Kreisen der Wille zur Verständigung und zur sozialen Vernunft frühere Sturheit etwas gemildert hat, steht doch fest, daß die eigentliche kapitalistische Oberschicht unseres Landes durch die Macht ihres Besitzes ihre Privilegien, wenn auch teilweise mit andern Methoden, so doch bis zur letzten Konsequenz verteidigt. An dieser Tatsache mag auch die ölige Phraseologie eines Neo-Liberalismus, der wenig kritisch veranlagte Gemüter mit den Nebelschwaden eines «sozialen» Kapitals an klarer Sicht verhindert und den Kapitalismus als System durch mäßige Sicherheitsprämien zu retten versucht, nichts zu ändern.

Im Blick auf mögliche oder sogar wahrscheinliche Abschwächungen der Konjunktur erhält die sozialistische Wirtschaftsauffassung vermehrte Geltung. Sie stößt auch auf größeres Verständnis als in der Zeit kapitalistischer Scheinblüte, die zum größten Teil hinter uns liegt. In solcher Zeitlage findet auch der moralische Appell zur Erkenntnis der Richtigkeit und Wahrheit der sozialistischen Auffassungen mehr Gehör und Aufnahmebereitschaft als in den vergangenen Jahren oder gar in einer bereits hereingebrochenen Krise, unter deren Auswirkungen die betroffenen Menschen eher verführerischen Versprechungen gerissener Demagogen anheimfallen, als daß sie für sozialistische

Ideale zu gewinnen wären. Die geschichtlichen Erfahrungen im Norden, Süden und Osten unseres Kontinents haben in dieser Beziehung wahrlich ein Übermaß an Anschauungsunterricht erbracht. Unser sozialistisches Gewissen verpflichtet uns zu vermehrter Beachtung der wirtschaftlichen Vorgänge. In seinen Grundlagen bedarf unser Programm wohl keiner Revision. Mit bloßen Programmformulierungen kommen wir aber auch nicht viel weiter. Notwendig ist deshalb, daß man sich in unsern Kreisen mit Ernst und Eifer bemüht, praktisch anwendbare und für jeden arbeitenden Menschen leicht verständliche Lösungen für den Fall eines wirklichen Konjunkturreinbruchs vorzubereiten.

Dabei sollte ein außerordentlich bedeutsames Problem mit besonderer Sorgfalt studiert werden, nämlich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit sogenannten *unterentwickelten Gebieten oder Ländern*. Dem alten, fluchbeladenen Kolonialkapitalismus versetzen die Freiheits- und Autonomiebewegungen dieser Völker den Todesstoß. Diese Länder benötigen für ihren wirtschaftlichen Aufbau eine industrielle Ausrüstung gewaltigen Ausmaßes. Dazu ist festzustellen, daß einzelne dieser Länder in immer stärkerem Maße ihren industriellen Aufbau vom Staate her fördern und lenken. In der Beilage der Basler «Nationalzeitung» zur Eröffnung der diesjährigen Mustermesse sagte darüber ein Wirtschaftsfachmann u. a.:

«Zum Aufsehen mahnt aber nicht nur die immer raschere Fortpflanzung und regionale Ausbreitung des Industrialisierungsprozesses, sondern auch dessen veränderte Ausdrucksform, die sich durch eine immer aktivere Beteiligung der öffentlichen Hand an der industriellen Entwicklung kennzeichnet. Der Staat ist zum eigentlichen Träger der Industrialisierung in den rückständigen Gebieten geworden.»

Ohne Zweifel könnten sich für unsere hochentwickelte Produktionsmittelindustrie hier bedeutende Absatzmöglichkeiten auf lange Zeit hinaus ergeben. Aber diese Länder sind arm. Sie benötigen Hilfe mindestens in Form von *Krediten* für solche Lieferungen, soweit sie noch nicht in der Lage sind, durch Gegenlieferungen zu bezahlen. Unser Land gehört zu den reichsten der Erde und sollte deshalb in der Lage sein, seinen Reichtum in zielbewußter Planung zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten einzusetzen. Eine auf lange Sicht geplante Förderung des Wirtschaftsverkehrs mit unterentwickelten Gebieten gehört doch wohl zu den Aufgaben unseres Staates. Sie darf aber nicht bloßem privatem Spekulations- und Gewinnstreben dienen.

Unser Land ist arm an Bodenschätzen. Aber es ist reich an geschulter Arbeitskraft und Nationalvermögen. Seine politischen Einrichtungen eignen sich sicher teilweise auch als Beispiel oder Vorbild für einzelne Völker der unterentwickelten Gebiete. Unser Land hätte auch in dieser Beziehung recht viel zu geben. Durch staatlich planmäßig aufgebauten und gelenkten Wirtschaftsverkehr unter Ausschaltung privater Übergewinne würden sich, so ge-

sehen, weitreichende Möglichkeiten zu dauernder Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung unseres Volkes eröffnen.

Die Weiterdauer der Vollbeschäftigung begünstigt auch den *Ausbau der sozialen Sicherheit*. Durch die Erstarkung der Gewerkschaften ist der Gesamtarbeitsvertrag zur Regel geworden. Der Arbeiter muß nicht mehr um jede Lohnerhöhung oder sonstige Verbesserungen das Risiko der Arbeitsniederlegung in Kauf nehmen. Die breite Vertragsentwicklung enthebt aber nicht von der Pflicht, die Sozialgesetzgebung weiter auszubauen. Hier bietet sich immer wieder ein weites Tätigkeitsfeld. Dafür nur wenige Beispiele. Es erscheint immer unbegreiflicher, daß unser reiches Land immer noch keine Invalidenversicherung besitzt und die von hartem Geschick benachteiligten Menschen vorwiegend privater Wohltätigkeit überläßt. Auch existiert noch immer keine Mutterschaftsversicherung. Die Revision der Kranken- und Unfallversicherung wirft Probleme auf, die gelöst werden sollten, denn in ungezählten Fällen bedeutet Krankheit in Arbeiterfamilien Verarmung und Not. Kostenlose Hospitalisierung und Behandlung ist eine Forderung, die sich immer wieder stellen wird. Die AHV wurde als letztes umfassendes Sozialwerk im Sommer 1947 vom Volke begeistert angenommen. Aber ihre Leistungen genügen bei weitem nicht. Mindestens sollten die über den versicherungstechnischen Status hinaus erzielten Überschüsse des zentralen Fonds für dringende Rentenverbesserungen verwendet werden. Wie steht es mit dem Bundesgesetz über die Arbeit? Und genügt das heutige Mitspracherecht des Arbeitnehmers im Betrieb oder wäre es nicht notwendig, dieses zum eigentlichen Mitbestimmungsrecht auszubauen? Im Rahmen internationaler Verständigung oder Abmachungen sollte es auch möglich werden, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Fünftagewoche einzuführen. Vielenorts mangelt es am richtigen Geist im Vollzug der Sozialgesetze, weil der tote Buchstabe gelegentlich höher bewertet wird als der lebendige Mensch. Oftmals fehlt es auch am Willen, die zulässigen Möglichkeiten der öffentlichen Hand zur günstigen Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse bei Arbeitsvergebungen genügend geltend zu machen.

Ob wir die wirtschaftlichen Verhältnisse oder die sozialen Fragen ins Auge fassen, überall begegnen wir einer bunten Vielfalt weiterer und neuer Aufgaben. Der demokratische Sozialismus stellt den *Menschen*, seine Arbeit und sein Wohlergehen in den Mittelpunkt seines Wirkens. Er erstrebt die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Freiheitsrechte, die Ausweitung der politischen durch die wirtschaftliche Demokratie und die Entfaltung freien kulturellen Lebens auf einer höheren Stufe sozialer Gerechtigkeit. Der herannahende Zeitabschnitt dürfte in mehrfacher Beziehung geeignet erscheinen, die Bereitschaft und den Willen zu sozialistischer Gestaltung zu stärken.